



RUSSLAND ALS WIRTSCHAFTSGROSSMACHT RECHTLICHE REGELUNG AUSLÄNDISCHER INVESTITIONEN

■ KOMMENTAR		
Medwedew <i>ante portas</i>		2
Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin		
<hr/>		
■ ANALYSE		
Russland – eine wirtschaftliche Großmacht?		5
Von Roland Götz, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Russlands Wirtschaftskraft		8
<hr/>		
■ ANALYSE		
Abschottung oder Rechtsklarheit? – das neue Gesetz zum Schutz strategischer Branchen		13
Von Alex Stoljarskij und Rainer Wedde, Moskau		
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
Offener Brief von Memorial an den Russischen Unternehmerverband		16
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 30. Mai bis zum 12. Juni 2007		19

Kommentar

Medwedew *ante portas*

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Beijing – Berlin – St. Petersburg

Außen- und Sicherheitspolitik sind in Russland Sache des Präsidenten. Der Ministerpräsident ist in diesen Fragen kein Ansprechpartner, er ist mit Sozial- und Wirtschaftspolitik befasst. Indes beeilte der neue Präsident, Dmitrij Medwedew, sich in den ersten Wochen seiner Amtszeit nicht, Grundsätzliches zum außenpolitischen Kurs zu sagen. Auf diesem Felde agierte er eher verhalten. Zu innen- und wirtschaftspolitischen Themen hatte Medwedew sich schon zuvor ausführlich geäußert – und tat dies auch weiter. Er kritisierte fehlende Rechtlichkeit und soziale Ungerechtigkeit, sprach in Andeutungen sogar von einer »neuen Gesellschaft«. Doch wer zu seiner Amtseinführung eine programmatische Erklärung zu Russlands außen- und sicherheitspolitischem Kurs erwartete, ein Signal, dass Medwedew das Steuer in der russischen auswärtigen Politik in die Hand nimmt, der wurde enttäuscht.

Diese Lücke hat der Präsident nun durch Reden während seines Besuchs in China (22.–25. Mai), bei seinem Abstecher nach Berlin am 5. Juni und auf dem XII. Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg am 7. Juni wenigstens teilweise gefüllt. Zwar hat Medwedew in keiner dieser Reden ein übergreifendes Programm entwickelt, aber er hat doch in Beijing, in Berlin und in St. Petersburg Einzelelemente benannt, die Konturen einer außenpolitischen Strategie erkennen lassen.

Beijing: China als strategischer Partner

In seiner Rede vor Studierenden und Hochschullehrern der Universität Beijing konzentrierte sich Medwedew auf die bilateralen Beziehungen zwischen China und Russland – den »zwei großen Nachbarn«. Er thematisierte das Grenzabkommen, die Regulierung von Schutz und Nutzung von Gewässern im Grenzraum, das gemeinsame Interesse an Bildung und wissenschaftlich-technischem Fortschritt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die großen Erwartungen an die Olympiade in Beijing. Erst am Schluss berührte er kurz Fragen internationaler Politik, indem er die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit würdigte, die Rolle der Vereinten Nationen und die Bedeutung internationalen Rechts hervorhob und die gemeinsame Verantwortung für die globale Wirtschaftsentwicklung und die humanitäre Sphäre sowie die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung herausstrich.

Im Zentrum der Ausführungen Medwedews stand aber die enge Verbindung zwischen Russland und China, die große Nähe beider Länder, das tiefe Vertrauen und

die weit reichende Perspektive der Partnerschaft. Diese Allianz hat allerdings Implikationen für internationale Politik. Indem der russische Präsident die Übereinstimmung mit China beim Aufbau »einer ehrlichen demokratischen Weltordnung«, dem »Primat des internationalen Rechts« und die zentrale Rolle der Vereinten Nationen im internationalen System betonte, warb er nicht nur bei Chinas Führung und bei der chinesischen Öffentlichkeit für eine enge und langfristige Partnerschaft, implizit wandte er sich gegen eine Sonderrolle der USA. Allerdings beließ er es bei indirekten Andeutungen. Europa kam in Medwedews Beijinger Ausführungen nicht vor, ebenso wenig wie andere Fragen der internationalen Politik. Auf den Nahostkonflikt, das iranische Nuklearproblem, Afghanistan oder Burma ging er mit keinem Wort ein.

Berlin: Russland als Partner und als Bewahrer europäischer Zivilisation

Medwedews Berliner Rede stellte gewissermaßen das auf den westlichen Nachbarn orientierte Gegenstück zu seinen Beijinger Ausführungen dar. Wieder konzentrierte sich der russische Präsident vor allem auf die Beziehungen zwischen Russland und dem Gastland und ignorierte internationale Politik, ungeachtet der Tatsache, dass sie für beide Partner von Relevanz ist. Deutlicher als in Beijing ging Medwedew allerdings auf die Rolle der Vereinten Nationen ein. Darüber hinaus widmete er der politischen Entwicklung innerhalb Russlands einen langen Abschnitt – offensichtlich eine Reaktion auf das negative Russlandbild in den deutschen Medien. Ein Unterschied zu Beijing war, dass der russische Präsident in Berlin Initiativvorschläge für die Aufnahme eines europäischen Verhandlungsprozesses machte. Insofern signalisiert die Berliner Rede, dass die russische Führung gegenüber Europa eine »dynamische« Politik anstrebt, während sie im Verhältnis zu China von einer organischen Fortentwicklung ausgeht.

Der Beginn von Medwedews Berliner Ausführungen erinnerte an die Rede in Beijing. Ganz ähnlich betonte er die große Gemeinsamkeit zwischen Russland und dem Gastland. Das Vertrauen zwischen Deutschland und Russland, gewachsen aus der Verarbeitung der schwierigen gemeinsamen Geschichte, stellte er als einzigartiges Beispiel für die Zusammenarbeit mit Europa hin. Wie schon in der chinesischen Rede hob er die Bedeutung internationalen Rechts hervor und forderte ein »natürliches polyzentrisches internationales System«, das sich auf die Vereinten Nationen stützen müsse. Diese bedürften

aber der Modernisierung – und dabei schätze er besonders die Rolle der Deutschen.

Russland als Teil und Garant der europäischen Zivilisation, das war ein Thema, das Medwedew im Laufe seines Vortrags immer wieder aufgriff und variierte, aus dem er Russlands Legitimation ableitete, eine gewichtige Rolle in Europa und der Welt zu spielen. Das wurde besonders deutlich, als er Russland, die EU und die USA als »drei Zweige der europäischen Zivilisation«, bezeichnete, die eine »wirklich gleichberechtigte Zusammenarbeit« anstreben sollten. In dieser rhetorischen Gleichsetzung zweier etablierter Wirtschaftsblöcke mit Russland wird ein Anspruch sichtbar, der langfristig Verhandlungen nicht erleichtern wird.

Die starke Betonung der Verwurzelung Russlands in der europäischen Zivilisation ist eine neue Nuance russischer Außenpolitik. Medwedew entwirft das Bild von der »Schaffung eines wirklich großen Europas«, und schlägt eine Fortschreibung des Helsinki-Prozesses vor. Konkret regt er einen alleuropäischen Gipfel an, der die Fragen europäischer Sicherheit, der Rüstungskontrolle und das Zusammenleben im euroatlantischen Raum im Rahmen eines Regionalpaktes regulieren soll. Damit entwirft er die Vision eines übergreifenden Europa, das Russland einschließt, und das einen gemeinsamen technologischen und Wirtschaftsraum darstellen soll.

Geistige Grundlage, so Medwedew sei das römische, germanische und französische Recht, auf dem die europäische und die russische Demokratie fußten. Indem er sich selbst als europäischen Demokraten identifiziert, lädt der russische Präsident nicht nur zu Verhandlungen ein, er bietet den Partnern in der EU einen Dialog über Staatsaufbau und Menschenrechte an. Den beginnt Medwedew in Berlin gleich selbst, indem er versucht, Verständnis für die innere russische Entwicklung zu wecken. Dieser Abschnitt ist bemerkenswert – weniger wegen der Inhalte, denn Medwedew setzt sich mit den Demokratiedefiziten Russlands nicht intensiv auseinander, sondern deshalb, weil der russische Präsident damit signalisiert, dass er die Kritik der deutschen Öffentlichkeit hört und ernst nimmt. Medwedew unterbaut damit noch einmal seine Bereitschaft zu einem Dialog – wenigstens mit der deutschen Politik.

In Berlin knüpfte der russische Präsident also insofern an seine chinesische Rede an, als er die Rolle der Vereinten Nationen betonte und implizit die Politik der USA kritisierte. Doch er ging weiter, indem er den europäischen Partnern vorschlug, in einen Verhandlungsprozess einzutreten, der die euroatlantischen Sicherheitsprobleme lösen soll. Damit steht ein Vorschlag im Raum, auf den die deutsche und die europäische Politik reagieren können, wenn sie dies für opportun halten.

St. Petersburg: Russland – die Wirtschaftsgrößmacht

Zwei Tage nach der Berliner Rede sprach Medwedew, der zwischendurch noch ein intensives Gesprächspro-

gramm im Rahmen des informellen GUS-Gipfels in St. Petersburg absolviert hatte, auf dem XII. Internationalem Petersburger Wirtschaftsforum. Wieder war es keine Grundsatzrede. Der Präsident konzentrierte sich auf die Anliegen seines Auditoriums, doch setzte er eine Reihe von Akzenten, die in den Kontext seiner Ausführungen in Beijing und Berlin passen.

Medwedew formulierte seine Sorgen über Fehlfunktionen der internationalen Wirtschaftsordnung, wie sie in der gegenwärtigen Finanzkrise ihren Ausdruck fanden. Dies wandte er zugleich ins Politische, als er erklärte, die Annahme, ein Land könne die Rolle einer »globalen Regierung« übernehmen sei eine Illusion. Das gelte eben auch für die USA, ungeachtet ihrer gewaltigen Wirtschaftsmacht. Im selben Atemzug forderte der russische Präsident eine Rolle für sein eigenes Land. Russland, so erklärte er, spiele inzwischen auf den globalen Märkten und den Rohstoffmärkten eine Rolle, die es ihm gestatte, aktiv an der Diskussion der Problemlösungen teilzunehmen. Moskau sei inzwischen ein internationaler Finanzplatz, und dem Rubel wies er die Rolle einer regionalen Reservewährung zu. Medwedew schlug in diesem Zusammenhang vor, in Russland eine internationale Konferenz über die Probleme der Weltfinanzordnung durchzuführen, an der auch die Vertreter der großen Unternehmen und die führenden Finanzwissenschaftler teilnehmen sollten.

Ein zweiter Punkt seiner Rede war die Frage der »Energiesicherheit«. Hier offerierte der russische Präsident ein Konzept, das Lieferanten, Verbrauchern und Transitländern in eine gemeinsame Verantwortung für Verlässlichkeit und Stabilität der Energielieferungen einbinden sollte. Offenbar reagierte er damit auf die Forderungen nach Ratifizierung des Energiecharta-Vertrags. Der Abschluss einer solchen Charta hat für Energieproduzenten wie Russland nur geringen Reiz, doch statt einfacher Ablehnung, signalisiert der russische Präsident auch hier, dass man bereit ist, in einen Dialog einzutreten.

Medwedew ergreift die Initiative

Auf seinen ersten Auslandsreisen hat der neue russische Präsident deutlich gemacht, wie er Russland in der Welt positionieren will:

- Offenkundig sieht er sein Land als einen eigenständigen Akteur in der internationalen Politik und in der globalen Wirtschaft, einen Akteur der Anspruch auf gleichberechtigte Mitsprache erhebt.
- Medwedew sieht das Recht als Basis für das internationale System und die Vereinten Nationen als einzigen Garanten für die Funktionsweise dieses Systems. Russland ist für Verhandlungen über eine UN-Reform (einschließlich der Umgestaltung des Sicherheitsrates) offen.
- Implizit wendet sich der russische Präsident stets gegen die USA, deren Rolle in der internationalen Politik und in der Weltwirtschaft er negativ bewert-

tet, und die er durch internationales Recht eingeehrt sehen will.

- Deutschland und der Europäischen Union offeriert Medwedew enge Zusammenarbeit bis hin zu einem Prozess der Integration in ein »größeres Europas«, das Russland einschließt. Ein Schritt in diese Richtung soll die Neugestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur sein, eine Fortschreibung des Helsinki-Prozesses.
- Mit China will er enge Verbindung halten, vor allem wohl wegen der Vorteile, die sich aus einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen ergeben, aber auch, weil die chinesische Führung im Hinblick auf die USA eine ähnlich kritische Haltung einnimmt wie er selbst.

Das Konzept, das Medwedew in seinen ersten drei internationalen Reden vorgestellt hat, ist nicht ohne Anziehungskraft, wenngleich es kaum neue Elemente enthält. Denn die Vorstellung, dass Russland heute als »selbständiger Akteur« auftreten kann, der sich sowohl gegenüber der EU wie gegenüber China Optionen offen hält, den USA aber ihre dominante Rolle bestreitet, war schon in der zweiten Amtszeit Putins verbreitet. Der Wille Russlands, mit den USA und den europäischen Staaten in einen Verhandlungsprozess über europäische Sicherheit einzutreten, war auch die Botschaft der so genannten »Münchener Rede« Putins, die im Westen leider ungenau gelesen und weithin als »Kriegserklärung« missverstanden wurde. Insofern setzt Medwedew die Politik der Putin-Administration in der Substanz fort. Im Stil sind allerdings Unterschiede erkennbar – Medwedew wirbt intensiv um seine Gesprächspartner und eröffnet wenigstens den Europäern die Vision eines gemeinsamen, größeren Europas unter Einschluss Russlands. Damit öffnet er die Chance für eine dauerhafte Zusammenarbeit, die auch Perspektiven auf eine langfristige gegenseitige Annäherung eröffnet.

Diese Chance sollte die europäische Politik aufnehmen und offensiv auf Russland zugehen. Verhandlungen über ein europäisches Sicherheitsformat, parallel zu den PKA-Verhandlungen haben durchaus Sinn. Die europäische Seite müsste dabei einerseits nach russischen Sicherheitsgarantien für Polen, die baltischen Staaten, die Ukraine und Georgien fragen, andererseits russische Sicherheitsbedenken (z.B. hinsichtlich der NATO-Erweiterung und der amerikanischen Raketenabwehrsysteme in Ostmitteleuropa) ernst nehmen. Darüber hinaus sind mit der Terrorismusgefahr und der Bedrohung durch atomar aufgerüstete Drittstaaten Probleme vorhanden, an deren Lösung beide Seiten Interesse haben.

Allerdings sollte man sich keinen Illusionen hingeben, dass die Verhandlungen leicht sein werden. Eine ganze Reihe von Faktoren werden die Verhandlungen verzögern und den Erfolg gefährden. Dazu gehören:

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

- Ohne die USA gibt es keine Erfolg versprechenden Verhandlungen über eine europäische Sicherheitsarchitektur. Angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA ist vor Mitte 2009 kaum damit zu rechnen, dass die USA in einen solchen Dialog eintreten. Die europäischen Staaten können Vorgespräche führen – das sollten sie nach beiden Seiten tun – doch zu substantiellen Verhandlungen wird es erst mit erheblicher Verzögerung kommen. Allerdings wäre es angezeigt, der russischen Seite das eigene Interesse alsbald zu signalisieren.
- Russland sieht sich als ein gleichberechtigter Akteur und die russischen Eliten glauben, dass Russland eine Großmacht auf Augenhöhe mit der EU und den USA ist. Das ist eine Selbstüberschätzung. Russland hat in etwa das wirtschaftliche Gewicht Frankreichs, seine Exportstruktur erinnert mit dem Überwiegen von Rohstoffen und Energieträger an ein Drittland, der Rückstand in innovativen Industrien, qualifiziert Russland allenfalls als Schwellenland. Aus der Differenz von Selbstwahrnehmung und realem Potential werden sich in den Gesprächen immer wieder Irritationen ergeben.
- Solange die russische Führung Russland als Teil der europäischen Zivilisation definiert, muss sie sich auch an europäischen Standards messen lassen. Das betrifft insbesondere die innere Entwicklung Russlands. Diskussionen über Menschenrechte und demokratische Normen müssen von beiden Seiten als Teil des Dialogs akzeptiert werden. Gewiss sollte man die russische Führung nicht überfordern, doch eine Integration Russlands nach Europa, wie Medwedew sie visionär entwirft, ist ohne eine Konsolidierung des demokratischen Prozesses in Russland nicht denkbar.
- Medwedew hat wohlbedacht Berlin als Platz für seine außenpolitische Offerte gewählt. Doch der Gesprächsprozess muss alle 27 EU-Mitglieder einbeziehen. Das wird nur gelingen, wenn die russische Seite bereit ist, sich mit den Besorgnissen, wie sie etwa Polen oder die baltischen Staaten äußern, ernsthaft auseinanderzusetzen und ihnen entgegenzukommen.

Insgesamt gibt es viele Hemmnisse, um im Verhandlungsprozess mit Russland in Richtung auf ein größeres Europa voranzukommen. Viele der Probleme gründen in der inneren Entwicklung Russlands selbst. Doch sollte man trotz der antizipierten Schwierigkeiten Medwedew beim Wort nehmen und jetzt einen politischen Dialog aufnehmen, der Ende 2009 vielleicht in einen Verhandlungsprozess münden kann.

Analyse

Russland – eine wirtschaftliche Großmacht?

Von Roland Götz, Berlin

Zusammenfassung

2008 dürfte Russlands Bruttoinlandsprodukt größer als das Großbritanniens werden. 2016 könnte Russland Deutschland überholt haben und nach den USA, China, Japan und Indien die fünftgrößte Wirtschaftsmacht der Welt sein. Russlands Wirtschaftswachstum hängt stark von der Entwicklung des Erdölpreises ab. Die Aufwertung des Rubels wirkt wachstumsdämpfend, weil sie die Exportmöglichkeiten der verarbeitenden Industrie beeinträchtigt. Das Land konnte in der Vergangenheit seine wirtschaftliche Entwicklung auf die Ausschöpfung seines Ressourcenpotentials gründen. Heute machen sich Symptome der »holländischen Krankheit« und des »Ressourcenfluchs« in Russland bemerkbar.

Einleitung

Während die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg als der wirtschaftlich und militärisch zweitmächtigste Staat nach den USA galt, stellte man Russlands Volkswirtschaft Anfang der 1990er Jahre mit den Niederlanden auf eine Stufe. Dies hing damit zusammen, dass der russische Rubel damals stark unterbewertet war. Wenn man dagegen das Bruttoinlandsprodukt nicht zum Wechselkurs, sondern zu Kaufkraftparitäten (diese bemisst Güter und Dienstleistungen danach, welchen Preis sie in den USA hätten) bewertet, gehörte Russland auch in den 1990er Jahren zu den elf größten Wirtschaftsmächten der Welt. Im neuen Jahrtausend rückt Russland in der Weltrangliste der Volkswirtschaften immer weiter nach oben und nimmt 2007 den siebten Platz ein, wie Tabelle 1 auf Seite 9 zeigt. 2008 dürfte Russlands Bruttoinlandsprodukt bereits größer als das Großbritanniens werden. 2016 könnte Russland, wenn seine Wirtschaft weiter mit rund sechs Prozent pro Jahr wächst, auch Deutschland überholt haben und dann nach den USA, China, Japan und Indien die fünftgrößte Wirtschaftsmacht der Welt sein. Wenn man allerdings die Europäische Union mit berücksichtigt, die mit den USA die Weltrangliste anführt, wird Russland den sechsten Platz einnehmen.

Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreichte Russland 2007 mit 14 700 US-\$ rund die Hälfte des entsprechenden EU-Werts. Das von Putin zu Beginn seiner Amtszeit verkündete Ziel des »Einholens Portugals« beim Pro-Kopf-Einkommen ist 2007 zu zwei Dritteln gelungen. Auch wenn Russlands Wirtschaftswachstum weiter hoch bleiben wird, wird es noch Jahrzehnte dauern, bis sich die Pro-Kopf-Einkommen Russlands und der großen EU-Länder angeglichen haben werden.

Ob Russlands Volkswirtschaft weiter so stark wachsen wird wie zwischen 2000 und 2007, hängt von einer

Reihe externer und interner Faktoren ab. Der hauptsächlichste externe Wachstumsfaktor ist der Ölpreis, von dem die Exporterlöse wesentlich bestimmt werden. Dagegen haben interne Faktoren wie die Investitionsquote – entgegen den Annahmen der ökonomischen Theorie – in Russland bislang wenig Einfluss gehabt. Dies könnte sich in Zukunft aber ändern.

Das russische Wachstumsrätsel

Russlands Wirtschaftswachstum seit 1999 stellt die ökonomische Theorie vor ein Rätsel: Wie kann eine Volkswirtschaft derart schnell wachsen, deren Kapitalstock überwiegend veraltet ist, deren Investitionsquote sich mit 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lange Zeit im internationalen Vergleich am unteren Ende bewegte und deren rechtliche Rahmenbedingungen als investitionsfeindlich gelten?

Dass in Russland die Investitionsquote zur Erklärung des Wachstumserfolgs nicht taugt, ist allerdings keine singuläre Erscheinung. Auch für andere osteuropäische Transformationsländer der 1990er Jahre lieferten Faktoren wie Investitionsaufwand, Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie der technische Fortschritt keine hinreichende Erklärung des Wirtschaftswachstums, weil in allen diesen Ländern, die sich im Übergang vom planwirtschaftlichen zum marktwirtschaftlichen System befanden, die in etablierten Marktwirtschaften funktionierenden Zusammenhänge zwischen Kapitalbildung und Produktionssteigerung nicht wirkten.

Das russische Wirtschaftswachstum korreliert stark mit der Entwicklung des Erdölpreises: Als dieser zwischen 1992 und 1998 nur wenig über 15 US-\$ pro Barrel betragen hatte, war das russische Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen; freilich kann der Erdölpreis nicht als monokausale Erklärung des Produktionsrückgangs in Russland dienen. Seit 1999 stieg die Wachstumsrate

des Bruttoinlandsprodukts, bedingt durch die Abwertung des Rubels, wieder an. Ab 2000 machte sich der steigende Erdölpreis zudem als Lokomotive des russischen Wirtschaftswachstums bemerkbar. Den Zusammenhang veranschaulicht Grafik 2 auf Seite 10.

Allerdings wirkt die parallel vor sich gehende reale Aufwertung des Rubels (gemessen durch den »realen effektiven Wechselkurs«) wachstumsdämpfend, weil die Exportmöglichkeiten der verarbeitenden Industrie dadurch verschlechtert werden. Da Russlands Exporte zu 60 Prozent jedoch von den Erdöl- und Erdgasausfuhren bestimmt werden, steigen die Ausfuhrüberschüsse (Außenhandelsbilanz) insgesamt dennoch an, wie auch in Grafik 3 auf Seite 10 gezeigt wird.

Da die Förderung von Erdöl und Erdgas in Russland noch auf Jahrzehnte für die Exporte sowie für die Binnenwirtschaft wichtig sein wird, sind ausreichende Investitionen in die Öl- und Gasförderung sowie in das Transportsystem (Pipelines, Häfen) für das Wirtschaftswachstum Russlands unabdingbar. Unter der Bedingung eines anhaltend hohen Erdölpreises und entsprechend hoher Unternehmensgewinne und Staatseinnahmen wird es an den finanziellen Mitteln dafür nicht fehlen.

Der demographische Faktor wird dagegen längerfristig wachstumshemmend wirken. Russlands Bevölkerung wird nach den Berechnungen des United Nations Population Fund (State of World Population 2007) von 142 Millionen im Jahr 2007 auf 112 Millionen im Jahr 2050 sinken. Damit schrumpft auch das Arbeitskräftepotential, wodurch das Potenzial für Wirtschaftswachstum vermindert wird.

Kehrseiten des Exportbooms

Der ansteigende Ölpreis bescherte der russischen Volkswirtschaft einerseits hohe Deviseneinnahmen aus dem Export von Erdöl, Erdölprodukten (Benzin, Diesel) und Erdgas, andererseits verschärfte er das makroökonomische Dilemma, das seit der schrittweisen Liberalisierung des Außenhandels und des Wechselkursregimes Anfang der 1990er Jahre besteht. Durch den Devisenzufluss aus Exporten und aus ausländischen Finanz- und Direktinvestitionen werden auf dem Devisenmarkt Dollar und Euro angeboten und Rubel gesucht. Damit wird der Rubel gegenüber dem Dollar (Euro) aufgewertet. Die Aufwertung des Rubels macht Importwaren billiger, weswegen der russische Markt mit preiswerten Fertigwarenimporten geradezu überschwemmt wird. Umgekehrt werden die heimischen Industrieerzeugnisse wegen der Aufwertung des Rubels im Ausland teurer, soweit sie nicht, wie Rohstoffe, Weltmarktpreise haben und in Dollar oder Euro abgerechnet werden. Davon sind die der Auslandskonkurrenz ausgesetzten Wirtschaftssektoren, die nicht Rohstoffe exportieren,

betroffen. Zwar konnten sie ihre Exporte in Länder außerhalb der GUS trotz der Rubelaufwertung ausweiten, doch ging ihr Anteil am russischen Warenexport deutlich zurück, während der Anteil der Exporte von Bodenschätzen auf fast 70 Prozent zunahm, wie auch Tabelle 3 auf Seite 11 zeigt.

Russlands Zentralbank interveniert zwar am Devisenmarkt, um die für den Export schädliche Aufwertung zu bremsen, indem sie Rubel gegen Wertpapiere verkauft (Sterilisierung). Dies hat wegen der zum angebotenen Zinssatz verhältnismäßig geringen Nachfrage nach festverzinslichen Wertpapieren aber keine durchschlagende Wirkung. Zwar konnte die Zentralbank den nominalen Wechselkurs des Rubels zu einem »Währungskorb« aus Dollar und Euro annähernd konstant halten (kontrolliertes Floating), jedoch verbirgt sich dahinter eine reale Aufwertung, denn die Inflation ist in Russland deutlich höher als in den USA und im Euro-Raum. So verbilligen sich die Importe bzw. verteuern sich die Exporte indirekt.

Der annähernd konstante nominale Wechselkurs macht Finanzanlagen in Rubel attraktiv, denn die ausländischen Finanzinvestoren profitieren von der vergleichsweise hohen Verzinsung der russischen Anleihen, gehen jedoch – solange die Zentralbank nicht von ihrem nominellen Wechselkursziel abweicht – kein großes Wechselkursrisiko ein. Daher stieg ab 2006, als der Kapitalverkehr zwischen Russland und dem Ausland liberalisiert worden war, der Zufluss von spekulativem Kapital erheblich an, was die Probleme der Geldpolitik noch verstärkte.

Der steigende Devisenzufluss bewirkt zwar einen eindrucksvollen Anstieg der Devisenreserven der Zentralbank, aber auch eine Zunahme der Rubel, die von der Zentralbank dafür ausgegeben wurden, also der inländischen Geldmenge. Mit dem Geldumlauf stiegen die Preise; die Inflationsrate ging daher nicht, wie von der Regierung gewünscht, auf fünf bis sechs Prozent zurück, sondern nähert sich 2008 voraussichtlich wieder der Zehn-Prozent-Marke. Hinzu kommen branchenbezogene Preissteigerungen, darunter für landwirtschaftliche Produkte und Energie. Inflation und nicht etwa Arbeitslosigkeit oder die ungleiche Einkommensverteilung beunruhigen daher die Bevölkerung Russlands am stärksten. An seinen Erfolgen bei der Eindämmung der Inflation wird der künftige Präsident im Inland gemessen werden. Dies zeigen auch Meinungsumfragen unter der russischen Bevölkerung, wie Grafik 5 auf Seite 11 dokumentiert.

Der notwendigen Inflationsbekämpfung könnte der Plan zur Liberalisierung der Gas- und Elektrizitätspreise auf dem Binnenmarkt bis 2011 zum Opfer fallen. Vor allem die Subventionierung der inländischen Gasverbraucher mit Hilfe der Preisfixierung von Erdgas ist

volkswirtschaftlich fragwürdig, denn es werden hiermit nur wenige Industriezweige wie die Düngemittelherstellung und die Stahlherstellung begünstigt. Damit wird auch gegen WTO-Grundsätze verstoßen. Da aber eine rasche Freigabe der Preisbindung bei Erdgas zweifellos die Inflation anheizen würde, könnte dieser Schritt von der Regierung aufgeschoben werden.

Wenn zu der außenwirtschaftlich initiierten Inflation noch eine binnenwirtschaftlich erzeugte Übernachfrage kommt, wird der Inflationsdruck entsprechend erhöht. Deswegen ist eine sparsame Finanzpolitik geboten, die auf Budgetüberschüsse setzt. Russland erzielt seit 1999 tatsächlich Budgetüberschüsse. Seit 2004 werden sie in einem »Stabilisierungsfonds« akkumuliert und somit dem Geldkreislauf entzogen (siehe Literaturhinweis). Freilich gibt es Anzeichen dafür, dass der Stabilisierungsfonds bald negative Rückwirkungen auf die Binnenwirtschaft haben könnte, wenn die Mittel des russischen Staatsfonds – anders als international üblich – vor allem im Inland investiert werden würden. Damit wird allerdings die Binnennachfrage vergrößert und die Inflationsgefahr erhöht.

Folgen der Ressourcenorientierung für die langfristigen Wachstumsaussichten

Die Orientierung der russischen Wirtschaft auf die Förderung und den Export von Rohstoffen hat mehrere positive und negative Folgen. Dass Russland, das flächengrößte Land der Welt, reich mit Naturressourcen wie fossilen Energieträgern, Metallen und Holz gesegnet ist, ist zunächst ein Vorteil. Das Land konnte seine wirtschaftliche Entwicklung im Verlauf der gesamten Geschichte auf die Ausschöpfung seines Ressourcenpotentials aufbauen. Freilich macht sich auch das »Paradox des Ressourcenreichtums« bemerkbar: Erstens ist die russische Wirtschaft von der Weltmarkt-Preiskonjunktur für Rohstoffe abhängig. Zweitens treten die Symptome der »holländischen Krankheit« auf. Drittens sind in Russland institutionelle Schwächen zu beobachten, die auch mit dem Rohstoffreichtum in Verbindung gebracht werden (»Ressourcenfluch«).

Die Volatilität des Erdölpreises verstärkte 1998 die Auswirkungen der Asienkrise auf Russland und trug somit zu der Finanz- und Währungskrise bei. Zwar sieht es so aus, als ob die Zeiten sehr niedriger Ölpreise unwiderruflich vorbei seien, doch hängt die Möglichkeit eines Absturzes des Ölpreises auf das Niveau der Grenzkosten der Ölförderung (rund 20 US-\$/Barrel) wie ein Damoklesschwert über der russischen Wirtschaft – der Aufbau des Reservefonds innerhalb des russischen Staatsfonds soll den Gefahren einer derartigen Entwicklung begegnen.

Während durch den Devisenrückfluss aus den Rohstoffexporten der Ressourcensektor und der Sektor der

nicht handelbaren Güter monetär begünstigt werden, hat der Fertigwarenssektor das Nachsehen. Er kann steigende Löhne nicht bezahlen. Außerdem führt der Rückfluss der gestiegenen Exporte zu einer erhöhten Nachfrage nach der einheimischen Währung, die sich aufwertet. Auch dies trifft den Sektor der handelbaren Güter durch eine Verteuerung seiner Produkte im Ausland, während gleichzeitig die entsprechenden Importwaren billiger werden. In Folge der Lohnsteigerungen und der Aufwertung kommt es zum Niedergang der heimischen Fertigwarenindustrie. Dadurch werden Arbeitsplätze vernichtet.

Ob die russische Wirtschaft wirklich von der »holländischen Krankheit« gequält wird, ist dennoch fraglich. Die Aufwertung des russischen Rubels seit 1999 kann auch als Korrektur einer Unterbewertung interpretiert werden. Dass der Rubel bereits überbewertet ist, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Zwar ist in Russland ein Rückgang des Anteils der verarbeitenden Industrie an der Gesamtwirtschaft bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils des Dienstleistungssektors zu beobachten. Dies muss aber nicht zwangsläufig auf die Wirkungsweise der »holländischen Krankheit« zurückzuführen sein, sondern kann ebenso Ergebnis der Umstellung der Volkswirtschaft auf marktwirtschaftliche Verhältnisse sein. Auch der Reallohnanstieg kann durch den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung und die Zurückdrängung der Schattenwirtschaft erklärt werden. Somit ist die Diagnose nicht eindeutig: Russland zeigt zwar typische Symptome des *Dutch Disease*, ob es wirklich daran leidet, muss dahingestellt bleiben.

Die Theorie des »Ressourcenfluchs« (resource curse) schließt die Phänomene der »holländischen Krankheit« ein. Sie verweist darüber hinaus auf den Zusammenhang von Ressourcenreichtum und institutionellen Schwächen des politischen Systems. Dazu gehören erstens die Versuchung, Einkommen durch Renten statt durch produktive Tätigkeit zu erzielen, zweitens die Anfälligkeit für Korruption und drittens eine hohe Ungleichheit der Einkommen. Insgesamt wird daraus ein Wachstumsnachteil gegenüber Ländern gefolgert, die nicht mit Ressourcen gesegnet sind. Allerdings gilt für diese Symptome des »Ressourcenfluchs« und der »Rentierwirtschaft« ebenfalls, dass sie nicht eindeutig als notwendige Folge des Ressourcenreichtums gedeutet werden können, da sie teilweise sowjetisches Erbe, teilweise Begleitumstände der Transformationsperiode darstellen.

Voraussetzungen für dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg

Russlands Lohnniveau ist zwar (noch) niedriger als in Ostmitteleuropa, doch wird Russland nie als »Billiglohnland« mit den asiatischen Ländern konkurrieren

können. Dafür sorgt schon das auf Grund des zunehmenden Arbeitskräftemangels steigende Lohn- und Gehaltsniveau. Damit entfällt mit der Zeit auch der noch bestehende Hauptgrund für die Konkurrenzfähigkeit russischer Firmen auf den Märkten der GUS-Staaten und im westlichen Ausland. Zwar konnte in der Privatisierung das Anlagevermögen der Unternehmen günstig erworben werden, doch wird auch dieser Vorteil auf Grund der Überalterung des Kapitalstocks immer geringer. Es ist fraglich, ob die vom russischen Staat beabsichtigte Förderung der Hochtechnologie wirklich zum Erfolg führen wird, denn das meiste Geld wird voraussichtlich in militärische Projekte fließen. Wahr-

scheinlich wird nur eine kluge Kombination von Bildungsinvestitionen, der Förderung der Mobilität des Arbeitskräftepotentials, der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas sowie Maßhalten bei der Ausweitung der Staatsausgaben – also weltweit angewandte und erfolgreiche Maßnahmen – das Wirtschaftswachstum in Russland günstig beeinflussen können. Dagegen dürften die Hoffnungen auf den Erfolg eines »besonderen russischen Wegs« der wirtschaftlichen Entwicklung (wie z. B. die Schaffung von ganze Wirtschaftsbranchen umfassenden Staatskonzernen) trügerisch sein. Erst die Zukunft wird zeigen, welchen Weg Russland unter Führung des neuen Präsidenten einschlagen wird.

Über den Autor:

Dr. Roland Götz war bis Frühjahr 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Eine frühere Fassung des Beitrages ist in der Zeitschrift Osteuropa, Heft 2/2008, erschienen.

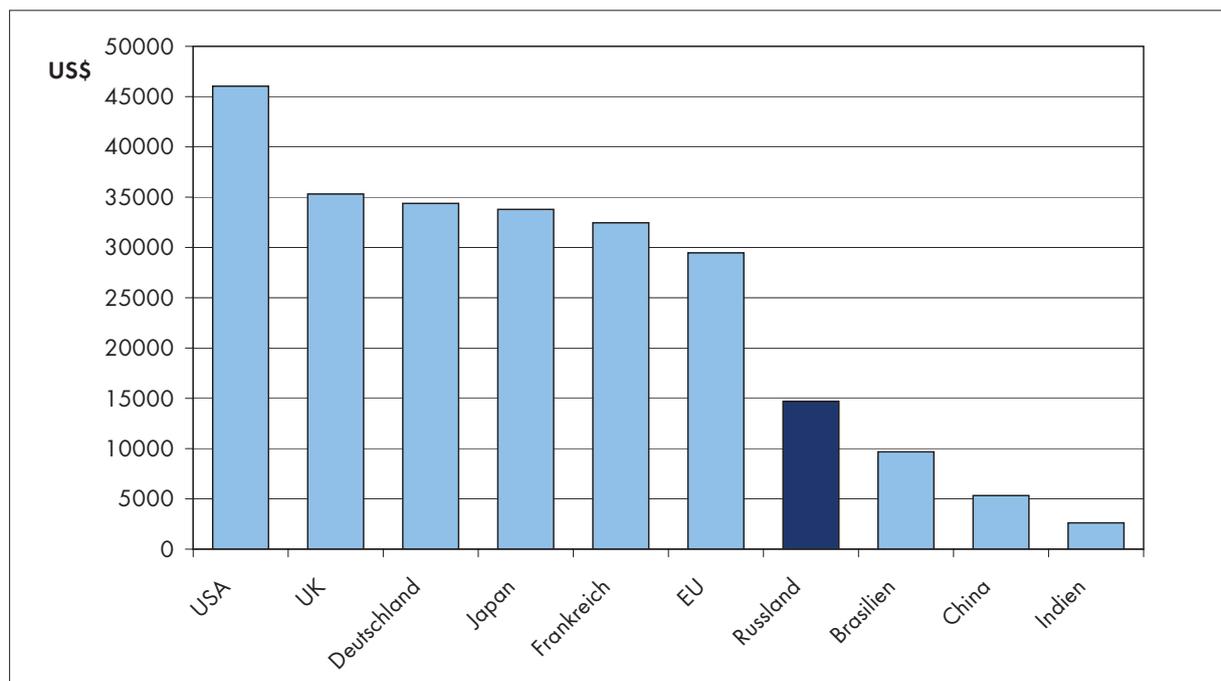
Literaturhinweis:

Roland Götz Russlands Staatsfonds und die westliche Staatsfondsdebatte, SWP-Aktuell 68/2007, Dezember 2007, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4603.

Tabellen und Grafiken zum Text

Russlands Wirtschaftskraft

Grafik 1: BIP pro Kopf im internationalen Vergleich (Kaufkraftparität)



Quelle: Central Intelligence Agency: *The World Factbook 2008*, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2001rank.html>. Die Daten wurden von der Weltbank zur Verfügung gestellt.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt, Einwohnerzahl und Pro-Kopf-Einkommen 2007

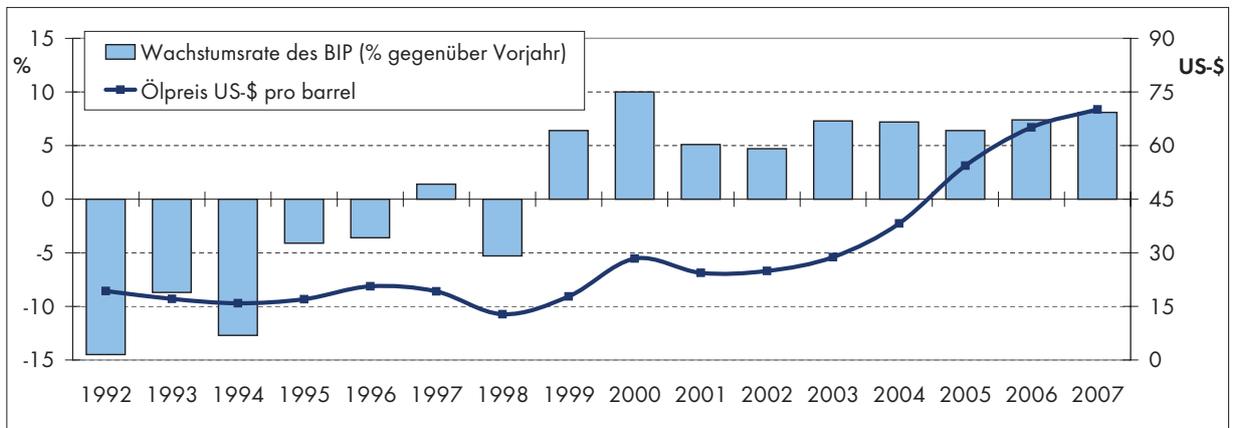
	Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten (Mrd. US-Dollar)	Einwohner (Mio.)	Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (US-Dollar)
EU	14440	490	29469
USA	13860	301	46047
China	7043	1322	5328
Japan	4305	127	33791
Indien	2956	1130	2616
Deutschland	2833	82	34381
UK	2147	61	35313
Russland	2076	141	14682
Frankreich	2067	64	32449
Brasilien	1838	190	9674

Quelle: Central Intelligence Agency: *The World Factbook 2008*, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2001rank.html>. Die Daten wurden von der Weltbank zur Verfügung gestellt.

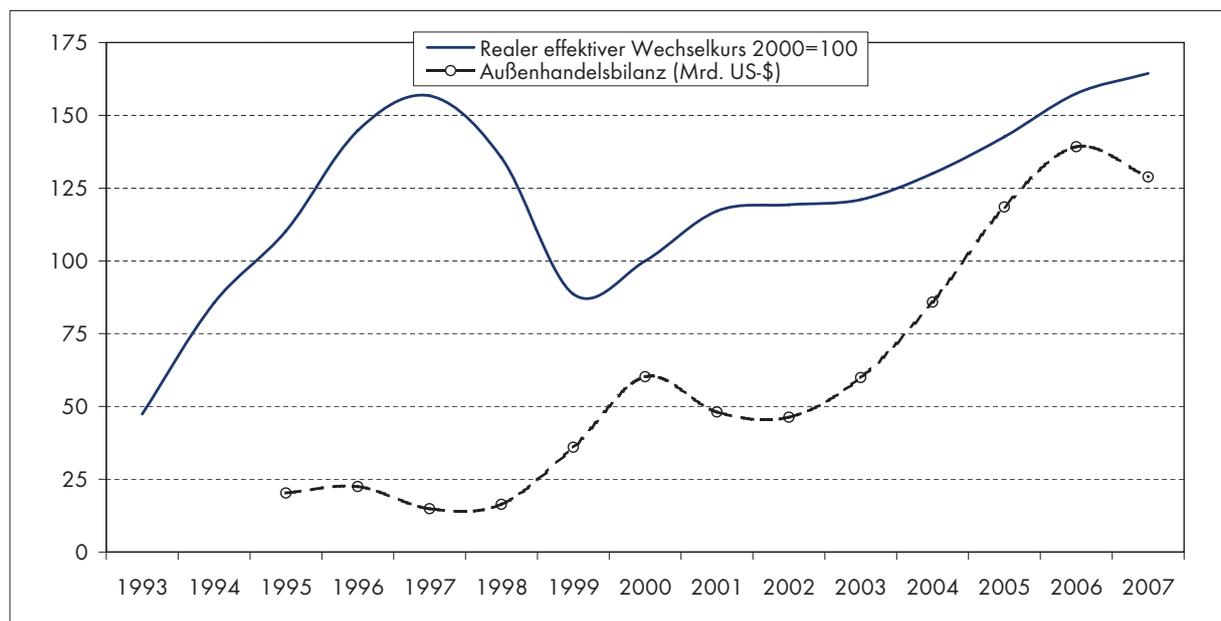
Tabelle 2: Indikatoren der russischen Wirtschaftsentwicklung 1997–2007

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
BIP (Veränderung zum Vorjahr)	1,4 %	- 5,3 %	6,4 %	10,0 %	5,1 %	4,2 %	7,3 %	7,2 %	6,4 %	6,9 %	8,1 %
Anlageinvestitionen (Veränderung zum Vorjahr)	- 5,0 %	-12,0 %	5,3 %	17,4 %	10,0 %	2,8 %	12,5 %	11,7 %	10,7 %	13,5 %	21,1 %
Güterexporte (in Mrd. USD)	86,9	74,4	75,6	105,0	101,9	107,3	135,9	183,5	245,3	304,5	355,2
Güterimporte (in Mrd. USD)	72,0	58,0	39,5	44,9	53,8	61,0	76,1	97,4	125,3	163,9	223,1
Handelsbilanz (in Mrd. USD)	- 0,1	0,2	24,6	46,8	33,9	29,1	35,4	59,5	84,4	96,1	78,3
Außenschuld (in Mrd. USD)			130,8	115,5	102,0	95,7	96,9	95,7	70,1	43,2	35,8
Währungsreserven (in Mrd. USD)	17,8	12,2	12,5	27,9	36,6	47,8	76,9	124,5	168,4	303,0	476,4
Inflationsrate (Verbraucherpreise)	11 %	84 %	37 %	20 %	19 %	15 %	12 %	12 %	11 %	9 %	12 %
Wechselkurs RUR/ USD	5,96	20,65	27,00	28,16	30,14	31,78	29,45	27,75	28,78	26,33	24,55
Arbeitslosenquote (ILO Methode)	10,7 %	13,2 %	12,4 %	9,9 %	8,7 %	9,0 %	8,7 %	7,6 %	7,7 %	6,9 %	6,1 %
Monatlicher Durchschnittslohn in USD	164	108	62	79	111	142	180	237	301	408	550

Quellen: Russischer Föderaler Statistikdienst Rosstat, www.gks.ru; Russische Zentralbank, www.cbr.ru; Bank of Finland Institute for Transition Economies, BOFIT, www.bofi.fi/bofit

Grafik 2: Wirtschaftswachstum und Ölpreis 1992–2007


Quellen: Deutsche Bank Research, <http://www.dbresearch.de>; Rossijskaja gosudarstvennaja statistika, www.gks.ru; Bank of Finland's Institute for Economies in Transition (BOFIT), http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/index.htm

Grafik 3: Wechselkurs und Außenhandelsbilanz


Quellen: Deutsche Bank Research, <http://www.dbresearch.de>; Rossijskaja gosudarstvennaja statistika, www.gks.ru; Bank of Finland's Institute for Economies in Transition (BOFIT), http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/index.htm

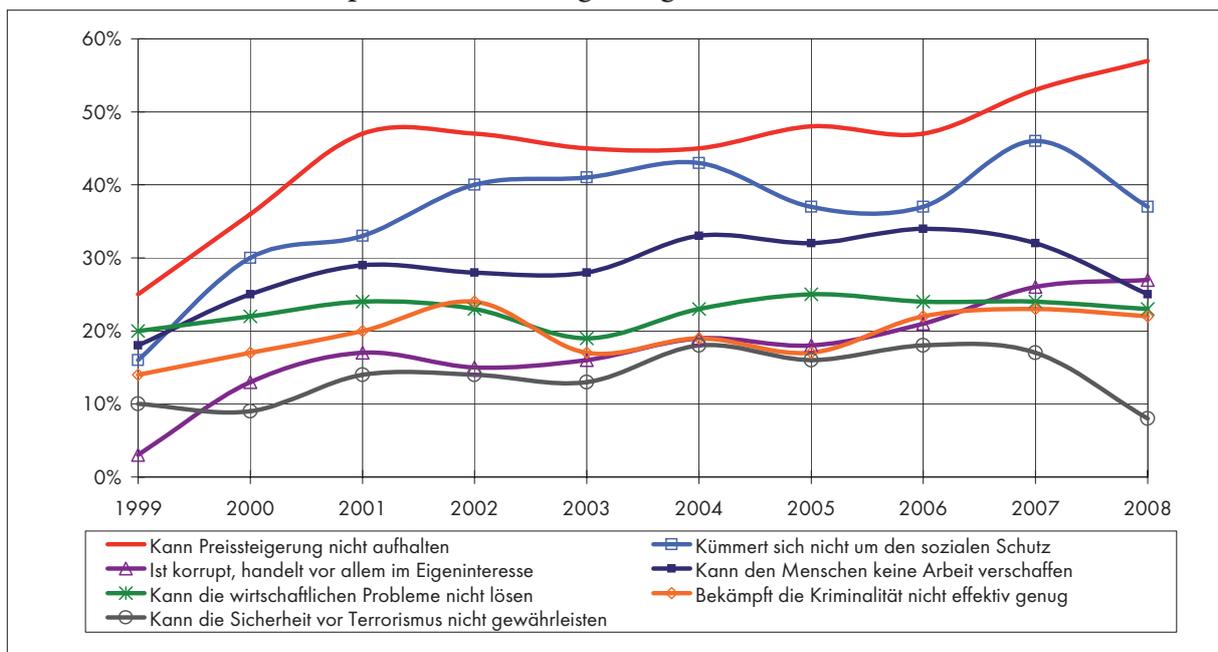
Anmerkung: Der reale effektive Wechselkurs (Real Effective Exchange Rate, REER) wird aus dem nominalen Wechselkurs unter Berücksichtigung der Inflationsratendifferenz zu den Handelspartnern berechnet. Die Außenhandelsbilanz ist die Differenz zwischen den Warenexporten und Warenimporten.

Grafik 4: Warenstruktur des russischen Exports in Länder außerhalb der GUS 2000 und 2006

Tabelle 3: Warenstruktur des russischen Exports in Länder außerhalb der GUS 2000 und 2006

	2000 Mio. US-\$	2006 Mio. US-\$	2006/2000 Veränderung (%)	2000 Anteile (%)	2006 Anteile (%)
Export insgesamt, darunter	89269	259145	290	100	100
Bodenschätze	48695	178688	367	55	69
Metalle und Metall-erzeugnisse	20944	43853	209	23	17
Maschinen und Fahrzeuge	6725	10000	149	8	4
Chemische Erzeugnisse	5978	12955	217	7	5

Datenquelle: Rossijskij Statistitscheskij Ezhegodnik, Moskau 2007, S. 756.

Grafik 5: Was ist Ihre Hauptkritik an der Regierung?


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 11.–15. April 2008 <http://www.levada.ru/press/2008050702.html>

Tabelle 4: Was ist Ihre Hauptkritik an der Regierung?

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Kann die Preissteigerung und den Einkommensrückgang nicht aufhalten	25 %	36 %	47 %	47 %	45 %	45 %	48 %	47 %	53 %	57 %
Kümmert sich nicht um den sozialen Schutz der Bevölkerung	16 %	30 %	33 %	40 %	41 %	43 %	37 %	37 %	46 %	37 %
Ist korrupt, handelt vor allem im Eigeninteresse	3 %	13 %	17 %	15 %	16 %	19 %	18 %	21 %	26 %	27 %
Kann den Menschen keine Arbeit verschaffen	18 %	25 %	29 %	28 %	28 %	33 %	32 %	34 %	32 %	25 %
Kann die wirtschaftlichen Probleme nicht lösen	20 %	22 %	24 %	23 %	19 %	23 %	25 %	24 %	24 %	23 %
Bekämpft die Kriminalität nicht effektiv genug	14 %	17 %	20 %	24 %	17 %	19 %	17 %	22 %	23 %	22 %
Handelt im Interesse des »großen Kapitals« (bis Februar 2008: Schatten- und Mafiakapitals)	2 %	9 %	5 %	7 %	8 %	7 %	7 %	9 %	12 %	14 %
Keine durchdachten Programme zur Überwindung der Krise	14 %	23 %	16 %	15 %	20 %	15 %	20 %	21 %	15 %	13 %
Kann die Sicherheit der Bürger im Kampf mit dem Terrorismus nicht gewährleisten	10 %	9 %	14 %	14 %	13 %	18 %	16 %	18 %	17 %	8 %
Handelt im Interesse des ausländischen Kapitals	2 %	4 %	2 %	4 %	3 %	4 %	5 %	5 %	5 %	7 %
Niedrige Professionalität	3 %	7 %	5 %	7 %	9 %	7 %	9 %	9 %	9 %	7 %
Kann den Frieden im Nordkaukasus nicht herstellen	-	14 %	14 %	13 %	12 %	9 %	10 %	8 %	8 %	4 %
Anderes	3 %	4 %	4 %	5 %	6 %	7 %	5 %	6 %	5 %	7 %
Keine Ansprüche an die Regierung	24 %	9 %	8 %	8 %	7 %	8 %	8 %	5 %	5 %	7 %
Keine Antwort	18 %	6 %	8 %	4 %	6 %	3 %	4 %	7 %	5 %	5 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 11.–15. April 2008 <http://www.levada.ru./press/2008050702.html>

Analyse

Abschottung oder Rechtsklarheit? – das neue Gesetz zum Schutz strategischer Branchen

Von Alex Stoljarskij und Rainer Wedde, Moskau

Zusammenfassung

Russland zieht seit einigen Jahren zunehmend ausländische Investoren an. Die kumulierten Auslandsinvestitionen in der Russischen Föderation sind 2007 auf einen Rekordstand von 220 Mrd. US-Dollar gestiegen; allein der Zufluss ausländischer Investitionen betrug im vergangenen Jahr über 120 Mrd. US-Dollar (Angaben des russischen Statistikamtes).

Diese Tendenz könnte sich jedoch 2008 umkehren. Grund ist das Gesetz »Über das Verfahren zur Verwirklichung ausländischer Investitionen in Gesellschaften, die eine strategische Bedeutung für die Sicherung der Landesverteidigung und die Sicherheit des Staates haben«, das Anfang Mai in Kraft getreten ist. Es stellt hohe Hürden für Auslandsinvestitionen auf. Nachfolgend werden die wichtigsten Inhalte des Gesetzes skizziert und Auswirkungen für westliche Investoren dargestellt. Ergänzend wird auf kritische Punkte hingewiesen.

Putins Erbe?

Es war eine der letzten Amtshandlungen von Präsident Wladimir Putin vor der Amtsübergabe an seinen Nachfolger Dmitrij Medwedjew, als er am 30.04.2008 das Gesetz über den Schutz strategischer Branchen unterzeichnete. Wenige Tage später, am 07.05.2008 wurde das Gesetz offiziell veröffentlicht und ist damit in Kraft getreten.

Die Idee eines solchen Gesetzes wurde schon seit mehreren Jahren diskutiert. Mit dem wirtschaftlichen Erstarken Russlands wuchs der Wunsch, sensible Branchen der eigenen Wirtschaft vor dem Zugriff ausländischer Unternehmen zu schützen. Die teilweise informell verwendeten Mittel zur Unterbindung ausländischer Beteiligungen (etwa über das Kartellrecht) waren wenig transparent und schaden dem Image Russlands. Im Jahre 2005 forderte der Präsident daher, diese Frage gesetzlich zu regeln. Für Investoren sollte Klarheit geschaffen werden, welche Branchen für Investitionen offen und welche nur mit Genehmigung zugänglich sind.

Es war stark unterschiedlichen Strömungen in der Regierung geschuldet, dass erst 2007 ein Gesetzentwurf in die Staatsduma eingebracht wurde. Dessen Verabschiedung gelang wegen erneuter Uneinigkeit der Politik nicht mehr vor den Dumawahlen im Dezember 2007. Erst die neu gewählte Duma konnte das Gesetz im Frühjahr 2008 verabschieden. Der Föderationsrat stimmte am 16.04.2008 zu.

Strategische Branchen

Auch ohne das Gesetz gab es in einer durchaus großen Zahl von Branchen bereits Beschränkungen für ausländische Investoren, etwa bei Banken, auf dem Versicherungs-

markt oder bei landwirtschaftlichen Grundstücken. Diese Schranken werden durch das neue Gesetz nicht berührt.

Zusätzlich definiert das Gesetz nunmehr insgesamt 42 Branchen, die als strategisch gelten und in denen ausländische Unternehmen nur mit staatlicher Zustimmung tätig werden dürfen. Zu diesen strategischen Branchen zählen einige zu erwartende Bereiche wie die Atomwirtschaft, Verschlüsselungstechnologie, Militärtechnologie sowie Raum- und Luftfahrt. Die Liste ist jedoch weitaus umfangreicher und erfasst auch Unternehmen der Kommunikationsbranche, den industriellen Fischfang oder Radio- und Fernsehsender. Besonders strenge Vorschriften gelten für Unternehmen, die Bodenschätze aus Fundstätten föderaler Bedeutung abbauen.

Die Auflistung der Branchen erweckt den Eindruck einer klaren Abgrenzung. Dies ist jedoch leider nicht der Fall. Die Definitionen sind teilweise so kurz, dass der Umfang der Branche kaum feststellbar ist. Gehört der Zulieferer eines auch vom Militär genutzten Lkws auch zur strategischen Branche der Rüstungsindustrie? Findet das Gesetz auch auf den Zulieferer eines Flugzeugherstellers Anwendung?

Ausdrücklich klargestellt ist im Gesetz, dass jede noch so geringe Beteiligung an einer strategischen Branche genügt, um den gesamten Konzern unter das Gesetz fallen zu lassen. Damit kann bereits eine sehr geringe Aktivität einer Tochter- oder Enkelgesellschaft dazu führen, dass ein mögliches Investitionsobjekt strategisch wird.

Erwerb der Kontrolle

Das Gesetz findet nur Anwendung, wenn der ausländische Investor die Kontrolle über ein Unternehmen aus einer strategischen Branche erwerben möchte. Damit kommt dem Begriff der Kontrolle eine entscheidende Rolle zu. Für die Frage, ab wann von Kontrolle auszugehen ist, muss man zwischen privaten und staatlichen ausländischen Investoren unterscheiden.

Bei staatlichen Investoren, einschließlich staatlich kontrollierter Unternehmen, wird ein Kontrollenerwerb ab einer Beteiligung von über 25 Prozent angenommen. Der Erwerb von mehr als 50 Prozent ist gänzlich verboten. Durch eine parallele Änderung im Gesetz über ausländische Investitionen von 1999 unterliegt zudem jeder Erwerb ab 25 Prozent – also auch bei nicht strategischen Unternehmen – dem Verfahren für strategische Branchen.

Bei privaten ausländischen Investoren entsteht Kontrolle in jedem Fall bei einer Beteiligung von über 50 Prozent. Das Gesetz regelt allerdings ausdrücklich, dass auch schon bei geringeren Werten eine Kontrolle vorliegen kann, wenn besondere Umstände hinzutreten. Das Gesetz nennt etwa den Fall, dass ein Investor das Geschäftsführungsorgan bestellen kann. Ähnliches kann bei einem börsennotierten Unternehmen mit hohem Streubesitz angenommen werden.

Sonderregeln gelten für Unternehmen, die föderal bedeutsame Vorkommen von Bodenschätzen abbauen. Hier wird ein Erwerb der Kontrolle angenommen, wenn der ausländische Investor mehr als 10 Prozent (bei staatlichen Investoren: 5 Prozent) der Anteile erwerben möchte. Etwas anderes gilt lediglich, wenn die Russische Föderation ohnehin mehr als 50 Prozent der Anteile selbst hält.

Kein Verbot, aber Genehmigungspflicht

Entgegen mancher Pressemeldung verbietet das neue Gesetz ausländische Investitionen in strategische Branchen nicht generell. Vielmehr erfordern solche Investitionen die vorherige Zustimmung einer Regierungskommission unter dem Vorsitz des Premierministers (seit kurzem Wladimir Putin, der kurz vor seinem Wechsel das Gesetz noch auf den Weg gebracht hat...).

Der ausländische Investor hat umfangreiche Unterlagen vorzulegen, die von einer zuständigen Behörde zunächst formal geprüft und der Regierungskommission vorgelegt werden. Nach welchen Kriterien die Regierungskommission entscheidet, ist dem Gesetz nur indirekt zu entnehmen. Das Verfahren soll nach dem Gesetz drei, in Ausnahmefällen sechs Monate nicht überschreiten. Die – nicht zu begründenden – Entscheidungen im Verfahren können vor dem Obersten Wirtschaftsgericht angefochten werden. Bei Unklarheit über

eine Zustimmungserteilung kann bei der zuständigen Behörde eine Voranfrage gestellt werden.

Erwirbt der ausländische Investor nur eine Minderheitsbeteiligung, die ihm keine Kontrolle vermittelt, so ist keine Zustimmung erforderlich. Allerdings ist der Erwerb der zuständigen Behörde zu melden. Eine Meldepflicht besteht zudem für alle Unternehmen, die bereits bei Inkrafttreten des Gesetzes 5 Prozent oder mehr der Anteile an einem strategischen Unternehmen besitzen. Im Übrigen kennt das Gesetz aber keine Rückwirkung.

Kritische Punkte

Das Gesetz hat sehr unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Während die russische Seite ausdrücklich die nunmehr hergestellte Rechtssicherheit für Investoren lobt, kritisieren westliche Investoren und Wirtschaftsverbände die allgemein restriktive Richtung des Gesetzes sowie die vielen ungenauen und bürokratischen Regeln.

In der Tat wirft das Gesetz an vielen Stellen gewichtige Fragen auf, die Russlandinvestitionen – zumindest in einer Übergangsphase – erheblich einschränken können. Leider wurden auch die zahlreichen Anregungen der westlichen Business-Community zwar im Gesetzgebungsverfahren angehört, in der Endfassung des Gesetzes aber nicht berücksichtigt.

So ist dem Wortlaut des Gesetzes nicht eindeutig zu entnehmen, ob auch die Gründung von Tochtergesellschaften in strategischen Branchen nunmehr einer Zustimmung bedarf. In der Vorversion des Gesetzes wurde dies noch ausdrücklich bejaht. Ob es aus dem Sinn des Gesetzes zu folgern ist, kann erst die Praxis zeigen. Unstreitig dürfte sein, dass eine spätere Veräußerung der Tochtergesellschaft unter das Gesetz fällt. Wieder unsicher ist, ob ein reiner Asset Deal unter das Gesetz fallen kann. Vermutlich wird man diesen aber als Umgehungsgeschäft qualifizieren und ebenfalls erfassen müssen.

Sehr unscharf ist der Begriff der Kontrolle. Dass diese bei über 50 Prozent der Anteile vorliegen soll, ist nachvollziehbar. Völlig unklar ist jedoch, unter welchen Umständen eine Kontrolle auch unterhalb dieses Schwellenwertes vorliegt. Im Gesetzgebungsverfahren wurde von westlichen Experten eine Untergrenze von 20 Prozent vorgeschlagen, unterhalb derer keine Kontrolle angenommen wird. Ebenso wurde angeregt, eine Kontrolle dann auszuschließen, wenn ein anderer Gesellschafter einen höheren Anteil hält. Beide Vorschläge wurden diskutiert, aber nicht in die Endfassung des Gesetzes übernommen. Dies muss man wohl als Zeichen werten, dass die russische Regierung es sich vorbehalten will, gegebenenfalls auch bei deutlich unter 50 Prozent liegenden Beteiligungen einzuschreiten.

Derselbe Begriff der Kontrolle dient auch zur Festlegung, welches ausländische Unternehmen ein staatliches ist und den o.g. strengeren Regeln unterfällt. Damit müssten Investoren, an denen ein Staat oder ein anderes staatliches Unternehmen so beteiligt ist, dass es die Kontrolle ausübt, für jede Beteiligung (auch außerhalb strategischer Branchen!) eine Zustimmung einholen, Mehrheitsbeteiligungen sind untersagt. Dies stellt in Anbetracht der zunehmenden Aktivitäten von Staatsfonds ein nicht zu unterschätzendes Risiko dar.

Bedauerlich ist zudem, dass die Entscheidungen der beteiligten Behörden – entgegen Vorversionen im Gesetzgebungsverfahren – nicht zu begründen sind. Dies dürfte eine Überprüfung sehr schwierig machen. Es ist zu hoffen, dass die Behörden auch ohne rechtliche Pflicht eine substantiierte Erläuterung geben werden. Anderenfalls würde die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung ins Leere laufen. Damit wäre das Verfahren aber nicht mehr justizierbar und der erklärte Wille des Gesetzgebers verfehlt, ausländische Investitionen einem klaren Rechtsrahmen zu unterstellen.

Die ungenaue Reichweite der einzelnen Branchen macht die Feststellung schwierig, in welche Unternehmen ein ausländischer Investor problemlos investieren kann. Sollte diese Abgrenzung gelingen, könnte sich das Gesetz insoweit als Pluspunkt erweisen, als Investitionen außerhalb der strategischen Branchen erleichtert möglich wären. Das würde allerdings zusätzlich voraussetzen, dass die bisherigen informellen Methoden zur Lenkung und z. T. auch Verhinderung von Investitionen fortan unterbleiben.

Ausblick

Vom Aufbau bzw. Erhalt einer effizienten Infrastruktur hängt ab, ob der wirtschaftliche Aufschwung Russlands sich fortsetzen wird. Gegenwärtig ist die Situation Russlands in diesem Bereich eher dürrig; zahlreiche Straßen, Gebäude, Leitungen, Produktionsstätten etc. sind in hohem Maße erneuerungsbedürftig. Für diese Erneuerung bedarf das Land ausländischen Know-hows und damit auch ausländischer Investoren. Insofern scheint die Zielrichtung des Gesetzes zumindest fragwürdig.

Die meisten Russlandinvestoren dürften mit dem Gesetz erstmals in Berührung kommen durch die Pflicht, bis Anfang November (180 Tage nach Inkrafttreten) jede Beteiligung ab 5 Prozent an strategischen Unternehmen zu melden. Das setzt eine nicht einfache Prüfung voraus, welche Unternehmen in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen. Zur Absicherung wird man auch zweifelhafte Fälle melden müssen, was einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand verursacht wird.

Für potenzielle Russlandinvestoren stellt sich derzeit das Problem, dass Investitionen in die genannten 42 Branchen eine Zustimmung erfordern, es aber noch völlig unklar ist, welche Behörden in welchem Verfahren nach welchen Formularen darüber entscheiden werden. Derzeit herrscht also mangels einer Übergangsfrist für das Inkrafttreten faktisch ein Investitionsstopp in diesem Bereich. Ob das zum Wohl der russischen Wirtschaft ist, mag man mit guten Gründen bezweifeln. Sobald diese Anfangsschwierigkeiten behoben sind, wird der Investor vor dem Erwerb einer Mehrheit an einem russischen Unternehmen um eine zusätzliche Due Diligence kaum herumkommen. Dabei muss genau untersucht werden, ob das Zielobjekt in eine strategische Branche fällt. Ist dies der Fall, können umfangreiche Reorganisationen notwendig sein, um das Unternehmen für den Erwerb vorzubereiten, oder aber es ist das oben geschilderte Verfahren zu durchlaufen. Vereinfacht wird ein Investment dadurch sicher nicht.

Insgesamt folgt Russland mit dem Gesetz (leider) dem internationalen Trend, sensible Bereiche der nationalen Volkswirtschaften vor ausländischen Investoren zu schützen. Das Gesetz ist dabei so weit gefasst, dass erst die Anwendungspraxis seine tatsächliche Wirkung aufzeigen wird. Denkbar ist sowohl eine restriktive Auslegung, die Investitionen in einen sehr ausgedehnten Teil der russischen Wirtschaft unterbinden würde, als auch eine liberale Politik, die lediglich eine Meldung von Investitionen verlangt. Für das Investitionsklima dürfte allein die Möglichkeit der restriktiven Auslegung schon negative Auswirkungen haben. In jedem Fall bringt das Gesetz für westliche Investoren zusätzliche bürokratische Hürden mit sich. Dies betrifft sowohl bereits tätige Unternehmen als auch zukünftige Investoren.

Schließlich muss man auch die Auswirkungen des Gesetzes auf Investitionen russischer Unternehmen im Ausland nennen. Diese beginnen gerade, sich verstärkt global aufzustellen und stoßen dabei nicht selten auf Gegenwind. Das neue Gesetz dürfte diesen Gegenwind eher verstärken. So dürfte ein Unternehmen wie Gazprom, das Investitionen in der EU plant, sich bei theoretischer Anwendung des russischen Gesetzes an keinem Unternehmen mit mehr als 25 Prozent beteiligen. Dies dürfte westlichen Regierungen Argumentationshilfe gegen russische Investoren liefern.

Die Gesamtbetrachtung des Gesetzes fällt durchwachsen aus und wird endgültig erst möglich sein, wenn erste Praxiserfahrungen vorliegen. Allein die damit verbundene Unsicherheit ist aber schon ein gewaltiger Hemmschuh für Investitionen. Das ausdrückliche Ziel des Gesetzgebers, einen klaren Rechtsrahmen für ausländische Investitionen zu schaffen, wurde daher leider verfehlt.

Über die Autoren:

Alex Stoljarskij und Rainer Wedde sind bei Beiten Burkhardt Moskau tätig, Alex Stoljarskij als Rechtsanwalt, Dr. Rainer Wedde als Rechtsanwalt und Partner. Beide waren über das Legal Committee der Association of European Business (AEB) an der Expertenanhörung der Staatsduma zum Gesetzentwurf beteiligt.

Lesetipps:

- *Stoljarskij/Wedde*, Investitionen unter Kontrolle?, impuls (früher: Verbandsnachrichten) 2008 Heft 1, 24.
- *Wedde*, Mehr Unsicherheit und Bürokratie, Interview in Ost-West-Contact 2008 Heft 5.
- *Stoljarskij/Wedde*, Russland: Gesetz zum Schutz strategischer Branchen in zweiter Lesung angenommen, OMV-Telegramm 04/2008, 6.
- *Stoljarskij/Wedde*, Schutz strategischer Branchen – ein Hemmnis für Russlandinvestitionen?, Ostausschuss Informationen 2007, Heft 11, 10 (noch zur Gesetzeslage vor Inkrafttreten).

Eine deutsche Übersetzung des Gesetzes kann bei den Verfassern unter Alex.Stoljarskij@bblaw.com bezogen werden.

Dokumentation

Offener Brief von Memorial an den Russischen Unternehmerverband

Internationale Gesellschaft für historische Aufklärung, soziale Fürsorge und Menschenrechte
»Memorial«

An den Vorstand der Union der Unternehmer und Industriellen Russlands (RPSS)

Moskau, 28. Mai 2008

Sehr geehrte Vorstandsmitglieder!

Unserem Land stehen vielfältige Aufgaben bevor, die mit dem Bewusstsein unserer selbst in der Geschichte und in der modernen Welt zusammenhängen. Bei der Lösung einer dieser Aufgaben, wäre es aus unserer Sicht nur natürlich, wenn die russische Wirtschaft, die von Ihrer Organisation vertreten wird, eine aktive Rolle übernehmen würde.

Die Rede ist von der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Erinnerung an die Beiträge, die Millionen von Opfern politischer Verfolgung – Häftlinge des GULAG, so genannte Zwangsumsiedler und die »Arbeitsarmee« – für unsere Wirtschaft, und damit unter anderem auch für die Entstehung von heute florierenden Unternehmen, geleistet haben.

Das Ausmaß der Zwangsarbeit in der sowjetischen Volkswirtschaft war groß und in der neueren Geschichte lässt sich kaum Vergleichbares finden (mit Ausnahme der Arbeit von Sklaven auf den Baumwollplantagen in den USA bis zum Jahre 1863 und von »Ostarbeitern« und Kriegsgefangenen in Deutschland zwischen 1942 und 1945). Das Entstehen und die Entwicklung einer Reihe von Schlüsselbranchen der sowjetischen Industrie ist mit dem Lagersystem untrennbar verbunden, in dem das Prinzip »Vernichtung durch Arbeit« herrschte.

Dazu gehört der Aufbau der Verkehrsinfrastruktur Russlands: der Bau von Schienen- und Straßennetzen, von grandiosen Kanälen und vielen Seehäfen – vom Nordmeer bis nach »Sowjetskaja Gawan« am Pazifik – verschlang eine unglaubliche Menge an Arbeitskraft und Menschenleben.

Dazu gehört die Energiewirtschaft: die Erdöllagerstätten und Ölraffinerien in Uchta und im Wolgagebiet, die Kohlengruben Workutas, des Kusbass und des Fernen Ostens, die Erschließung und Ausbeutung dutzender anderer Kohle- und Erdöllagerstätten; dazu gehören auch unzählige Kraftwerke, Heizkraftwerke und Wasserkraftwerke im ganzen Land.

Dazu gehört der Bergbau: die Erschließung der Nickel- und Erzlagerstätten auf der Halbinsel Kola, in Norilsk, im Südosten Sibiriens, in Taimyr, die Phosphorlager in Chibin, das Zinn in Jakutien, das Gold der Kolyma, die Fluoriden jenseits des Baikalsees und vieles andere mehr.

Dazu gehören die Wald-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie, die im Laufe vieler Jahrzehnte nahezu vollständig mit Hilfe der Zwangsarbeit von Häftlingen in »Waldlagern« und von »entkulakisierten« Bauern aufgebaut und betrieben wurde.

Dazu gehört die Mehrheit der Unternehmen der Atomindustrie: von den Radiumvorkommen in Komi, über die Uranminen im Amur-Gebiet und auf der Tschuktschenhalbinsel bis zu den Kombinat im Ural, in Ost- und Westsibirien; den Betrieben in Elektrostal bei Moskau, in Nowosibirsk und Angarsk; dazu gehört auch der Bau Dutzender »geschlossener Städte« des »Minsredmasch«¹ durch Häftlinge.

Dazu gehören die »Besonderen Konstruktionsbüros« (»Scharaschka«²), die einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung von Wissenschaft und Militärtechnik geleistet haben. Viele dieser Konstruktionsbüros gibt es auch heute noch, nun aber als »bürgerliche« Institutionen.

Diese Liste könnte man fortsetzen. Es wird aber auch so schon deutlich, dass die Geschichte des Aufbaus der russischen Industrie im 20. Jahrhundert nicht geschrieben und von der Gesellschaft wirklich begriffen werden kann, ohne an diese tragischen Seiten unserer Vergangenheit zu erinnern.

Um die Erinnerung an die Opfer der politischen Verfolgung in Russland wach zu halten, wird einiges getan. Durch regionale und lokale Verwaltungen und durch das Engagement gesellschaftlicher Initiativen werden Denkmäler und Mahnmäler aufgestellt, Gedenkbücher herausgegeben und sogar einige Gedenkfriedhöfe angelegt. Nicht selten werden diese Bemühungen von der lokalen Wirtschaft unterstützt.

Wenn aber über die Opfer des Terrors gesprochen wird, wird oft vergessen, dass diese Menschen nicht nur Opfer sind, sondern einen wesentlichen Teil der nationalen Wirtschaft aufgebaut haben. Das Gedenken an den GULAG wird von der Wirtschaft äußerst selten als Teil des eigenen »korporativen Gedächtnisses« aufgefasst. Deshalb verdient die jüngste Initiative von Unified Energy Systems (UES)³ besondere Aufmerksamkeit. Dieser Konzern hat nicht nur das Buch »Gefangene auf den Bauten des Kommunismus. GULAG und die Energieobjekte der UdSSR« herausgegeben, sondern in seinen Betrieben auch Gedenktage organisiert und fast 200 Gedenktafeln anbringen lassen, auf denen daran erinnert wird, dass Kraftwerke, Staudämme und Umspannanlagen durch Häftlingsarbeit geschaffen wurden.

Die Gesellschaft »Memorial« wendet sich mit dem Vorschlag an die Besitzer und Vorstände der führenden Unternehmen Russlands, diese Initiative zu unterstützen und fortzuführen – **sich an die Menschen zu erinnern, deren Leben und Freiheit die Grundlage für ihren heutigen Aufschwung bilden.** Die tragischen Seiten der Geschichte unserer Unternehmen mindern nicht ihren Wert für das Land. Im Gegenteil, sie vergrößern ihre Bedeutung, indem sie ihnen einen zusätzlichen Sinn als Denkmäler der nationalen Geschichte verleihen.

Die russische Wirtschaft stößt bis heute auf Reste einer Ideologie, die da lautete »alles wegnehmen und aufteilen«. Die Bildung zivilisierter Beziehungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft ist ohne die Aufarbeitung der tragischen Geschichte der russischen Industrialisierung, ohne das Verständnis des gesellschaftlichen und politischen Systems, das den GULAG hervorgebracht und Millionen von Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen zu leben und arbeiten zwang, unmöglich. Das war ein System, in dem kein Unternehmen Russlands in seiner jetzigen Form hätte existieren können – weil schon allein ein Unternehmer zu sein ein Verbrechen war.

Ohne die Erinnerung an die Sklavenarbeit der Häftlinge ist es schwer, den Wert der im Land stattgefundenen Veränderungen wirklich wahrzunehmen und zu verstehen. Ohne die Erinnerung an all jene, die einst den Grundstein für die russische Industrie gelegt haben, ist es schwer, sich darauf zu verlassen, dass die Nachkommen den Wert des Beitrags zur Modernisierung des Landes durch die Mitarbeiter, Vorstände und Besitzer der heutigen Unternehmen anerkennen.

Deshalb rufen wir die Führer der Wirtschaftswelt Russlands dazu auf, ein **umfassendes gesellschaftliches Programm** zur Erinnerung an politische Häftlinge und Zwangsumsiedler, deren Zwangsarbeit von den Unternehmen der einheimischen Volkswirtschaft ausgebeutet wurde, aufzubauen. Die Gesellschaft »Memorial« wird diese Arbeit mit Hilfe ihrer Archive, ihrer Forschungen und ihrer gesellschaftlichen Autorität gern unterstützen.

Die wichtigsten Punkte eines solchen Programms wären aus unserer Sicht:

1 Anm. der Übersetzer: Das Minsredmasch (oder: Ministerium für mittleren Maschinenbau) war die Tarnadresse für die unter Aufsicht des Geheimdienstes NKWD entwickelte russische Atomindustrie.

2 Anm. der Übersetzer: Eine solche Scharaschka, in der inhaftierte Wissenschaftler zum Wohle der Sowjetunion forschten, beschreibt Alexander Solschenizyn in seinem Roman »Der erste Kreis der Hölle«.

3 Anm. der Übersetzer: UES ist eine in Staatsbesitz befindliche Holding und Monopolist auf dem russischen Strommarkt.

- das Sammeln von Materialien über die Nutzung der Zwangsarbeit – in erster Linie, die Arbeit von politischen Häftlingen, Verbannten und Deportierten – in den unterschiedlichen Branchen der Volkswirtschaft, die Herausgabe von Büchern und dokumentarischen Sammlungen;
- die Errichtung von Gedenktafeln und Mahnmälern an all den Orten, an denen die damals durch Häftlingsarbeit geschaffenen Produktionsanlagen und Gebäude noch in Betrieb sind;
- der Aufbau spezialisierter Museen und ständiger Ausstellungen in bereits existierenden Museen oder in staatlichen und kommunalen Kultur- und Bildungseinrichtungen mit Patenschaften von Unternehmen;
- die Pflege der vernachlässigten Friedhöfe von Häftlingen und Zwangsumsiedlern, die von heute noch existierenden Unternehmen angelegt wurden.

Zu den genannten Aufgaben kommt noch eine weitere: Jene Handvoll ehemaliger Häftlinge, die noch leben, die einstmals mit ihrer Arbeitskraft den Grundstein für die heutigen Unternehmen gelegt haben, brauchen systematische materielle Hilfe. Der russischen Volkswirtschaft bleiben nur wenige Jahre, um zu versuchen, diese moralische Schuld zu tilgen – selbst wenn dies nur symbolisch möglich sein sollte.

Wir rufen den Vorstand der Russischen Union der Unternehmer und Industriellen (RSPP) dazu auf, unseren Appell zu unterstützen und ihn unter den Mitgliedern der Union zu verbreiten. Wir hoffen auf ihre Unterstützung, diese Initiative auch in den staatlichen und privaten Unternehmen bekannt zu machen, die nicht Mitglieder von RSPP sind.

Wir gehen davon aus, dass die soziale Verantwortung der Wirtschaft sich nicht nur auf den heutigen Tag beschränken kann. Sie bezieht sich auch auf die Vergangenheit – und nur in diesem Fall kann sie auch die Zukunft umfassen.

Der Vorstand der Internationalen Organisation »Memorial«

Übersetzung: Viktoria Benzel, Jens Siegert

Chronik

Vom 30. Mai bis zum 12. Juni 2007

30.5.2008	Im Moskauer Mikrorayon Sewernoe Butowo werden mehrere Kfz in Brand gesteckt. In diesem Zusammenhang werden zwei Personen aus Kaliningrad verhaftet.
30.5.2008	Russland entsendet ohne Ankündigung und ohne Rücksprache mit Georgien 400 Angehörige der Eisenbahntrouppen nach Abchasien.
31.5.2008	Ministerpräsident Putin erläutert in einem Le Monde-Interview die politische Entwicklung in Russland und ermutigt die französische Regierung, weiter eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben.
1.6.2008	In Moskau löst die Miliz eine Kundgebung von Homosexuellen auf, die – wie ähnliche Demonstrationen vorher – von den Behörden nicht zugelassen worden war. Gruppen, die der russisch-orthodoxen Kirche zugerechnet werden, demonstrieren mit Kreuzifixen und Ikonen gegen die Veranstaltung. Die Polizei nimmt 13 Personen fest.
1.6.2008	Putin ernannt Jurij Uschakow, den langjährigen russischen Botschafter in den USA, zum Regierungskordinator für Außenpolitik. Das Amt wurde neu geschaffen. Laut Verfassung ressortiert Außenpolitik beim Präsidenten.
2.6.2008	Präsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet ein Dekret, dass 2.000 zusätzliche Stellen für die Generalstaatsanwaltschaft schafft.
2.6.2008	Präsident Dmitrij Medwedew kritisiert in einem Schreiben an den Parlamentsvorsitzenden Boris Gyslow die Novelle des Mediengesetzes, die am 25.4. in erster Lesung von der Duma verabschiedet worden war, und fordert eine Überarbeitung.
3.6.2008	Präsident Medwedew entlässt General Jurij Balujewskij, den Chef des Generalstabs, und ernannt an seiner Stelle General Nikolaj Makarow. Balujewskij wird zum Stellvertretenden Sekretär des Sicherheitsrates ernannt.
5.6.2008	Präsident Dmitrij Medwedew trifft zu einem eintägigen Besuch in Berlin ein. Er führt Gespräche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Franz-Walter Steinmeier. Am Nachmittag spricht er zu Vertretern von Politik und Wirtschaft.
6.6.2008	Gipfeltreffen der GUS in St. Petersburg. Dmitrij Medwedew führt mit den Staatschefs der GUS, die alle ohne Ausnahme nach St. Petersburg gekommen waren, bilaterale Gespräche.
7.6.2008	In seiner Ansprache vor dem XII. Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg (6.–8.6.) kritisiert Medwedew u.a. die Rolle der USA in der gegenwärtigen Finanzkrise und fordert eine Mitwirkung Russlands bei der Neuordnung des globalen Finanzsystems.
9.6.2008	Mitglieder der verbotenen Nationalbolschewistischen Partei besetzen die Zentrale des Unternehmens »Russische Eisenbahnen« und fordern höhere Löhne und besseren Arbeitsschutz. Die Sicherheitskräfte nehmen 12 Personen fest.
9.6.2008	Bei der Explosion einer Bombe in einem Café in Grosny (Tschetschenien) werden sechs Angehörige der Miliz und zwei Mitarbeiterinnen des Cafés verletzt.
10.6.2008	Robert Dudley, der Vorstandsvorsitzende von TNK-BP, wird fünf Stunden lang von der Polizei verhört. Hintergrund der Vorladung ist offenbar ein massiver Konflikt zwischen britischen und russischen Anteilseignern, in dessen Verlauf die russische Seite über die Behörden wachsenden Druck auf ihre britischen Kollegen ausüben sucht.
10.6.2008	Das »Untersuchungskomitee« stellt offiziell die Untersuchungen gegen Manana Aslamasjan ein. Frau Aslamasjan, die eine US-finanzierte NGO zur Ausbildung von Journalisten leitet, war am Flughafen Moskau-Scheremetewo wegen angeblichen Devisenschmuggels festgenommen worden.
10.6.2008	Präsident Dmitrij Medwedew ernannt drei neue Stellvertretende Leiter des Untersuchungskomitee. Dies wird in einem Teil der Medien als Unterstützung von Alexander Bastrykin in seinem Konflikt mit dem Generalstaatsanwalt gewertet.
11.6.2008	In Karabulak (Inguschetien) werden drei Untergrundkämpfer im Laufe einer Operation der Sicherheitskräfte getötet.
12.6.2008	Im Gebiet Amur entgleist ein Zug der Transbaikal-Eisenbahn. 60 Personen werden verletzt.
12.6.2008	In Russland wird der »Tag Russlands« begangen. Der Tag erinnert an die Deklaration über die staatliche Souveränität der RSFSR, die am 12.6.1990 vom Ersten Volkskongress der RSFSR verabschiedet wurde.

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de